

**WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT FÜR AGRARPOLITIK, ERNÄHRUNG UND GESUNDHEITLICHEN
VERBRAUCHERSCHUTZ**

BEIM BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

Ergebnisprotokoll

der 1. Sitzung am 08. / 09. Oktober 2015

Teilnahme:

Am ersten Sitzungstag fehlten

am zweiten Tag die

TOP 1: Annahme des Protokolls der konstituierenden Sitzung

Das Protokoll der konstituierenden Sitzung wurde ohne Gegenstimmen angenommen.

TOP 2: Themen für die künftige Arbeit

Der Beirat strebt an, eine Kurzstellungnahme zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik in 2016 vorzulegen. Des Weiteren wurden folgende neue Aufgaben für zukünftige Gutachten diskutiert, aus denen in einer späteren Sitzung ein Thema ausgewählt werden soll:

1. Nachhaltiger Konsum von Nahrungsmitteln/nachhaltige Ernährungsstile und die Integration von Agrar- und Ernährungspolitik
2. Entscheidungsfindung in der Agrar- und Ernährungspolitik: Wie kann gesellschaftliche Akzeptanz erreicht werden
3. Lebensmittelsicherheit
4. Entwicklung der Betriebsgrößen in der deutschen Landwirtschaft.

Es zeichnet sich ab, dass es für das Thema „Nachhaltiger Konsum von Nahrungsmitteln/nachhaltige Ernährungsstile und die Integration von Agrar- und Ernährungspolitik“ besonders großes Interesse gibt und die Expertise des erweiterten Beirats

hier besonders gut zum Tragen kommt. Eine abschließende Entscheidung soll auf der nächsten oder übernächsten Sitzung gefunden werden.

TOP 3: Stand des Klimaschutzgutachten

stellte den Stand des in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Wissenschaftlichen Beirat für Waldpolitik erarbeitenden Entwurfs eines Klimaschutzgutachtens vor. Der Beirat diskutierte den vorgelegten Text intensiv, ohne seine Arbeit beenden zu können. Es wurde vereinbart, die Arbeiten am 22. und 23.01. sowie am 23. und 24.02. fortzusetzen. Ziel ist es, das Gutachten nach Möglichkeit noch vor der Sommerpause vorlegen zu können.

TOP 4: Verschiedenes

berichtete aus dem Gespräch von Mitgliedern des Beirates mit der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Flachsbarth (Gesprächsvermerk dazu liegt vor). Es sei bisher nicht absehbar, dass es in Zukunft für Tierwohl eine größere Finanzierung aus der zweiten Säule oder ein staatliches Label geben werde. Die Brancheninitiative sei in einer schwierigen Situation, weil die hier zur Verfügung stehenden Mittel zu gering seien und der LEH sich schwer täte, seinen Beitrag zu erhöhen. Ein Bundesprogramm „Tierwohl“ werde wohl nicht aufgestellt werden. Die Idee einer Enquetekommission wurde positiv aufgenommen, aber mit Verweis darauf, dass die Hälfte der Legislaturperiode bereits erreicht sei, zurückgestellt. Ein verstärktes Monitoring wird wohlwollend gesehen, aber in der Praxis nicht angegangen. Der Beirat empfiehlt dem BMEL, bereits jetzt die Voraussetzungen zu schaffen, um auf bereits vorliegende Daten zugreifen zu können.

Mit diesem Bericht schließt der Beirat seine aktive Beratung der Nutztierproblematik ab, steht aber gern für weitere Rückfragen zur Verfügung.



Dr. Schmidt

Anlagen: Teilr melisten